

Politik



Äußerte ernsthafte Bedenken gegenüber dem Bali-Aktionsplan: US-Präsident George W. Bush.

AFP

Klima-Strafzoll auf US-Güter verlangt

SPD-Politiker regt harte Reaktion auf Washingtons fortgesetzte Blockadepolitik an
Bundeskanzlerin Angela Merkel lobt Europas Engagement auf der Bali-Konferenz

Daniela Vates

BERLIN. Die SPD hat gefordert, die USA mit Sanktionen zu belegen, wenn diese internationale Klimaschutzabkommen weiter blockieren. "Wir müssen bei der nächsten Runde 2009 bereit sein, die Verhandlungen ohne die USA abzuschließen", sagte der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ulrich Kelber der Berliner Zeitung. "Dann müssen energieintensive Waren aus den USA eben mit Strafzöllen belegt werden, um wirtschaftliche Vorteile auszugleichen." Beim Gipfel in Kopenhagen müssten auf jeden Fall feste Ziele für die Reduktion des Kohlendioxid-Ausstoßes vereinbart werden. Es sei zu hoffen, dass die neu gewählte US-Regierung dann einen neuen klimapolitischen Kurs

verfolge.

Nach zwei Wochen zäher Verhandlungen hatten die über 180 Teilnehmerstaaten am Samstag den Startschuss für einen neuen Klimavertrag gegeben. Er soll in den nächsten zwei Jahren ausgehandelt werden und das Kyoto-Protokoll ablösen, das die USA als einzige Industrienation nicht unterzeichnet haben.

Die USA hatten durchgesetzt, dass im Abschlussdokument der Bali-Konferenz keine konkreten Ziele für die Reduzierung von Treibhausgas-Emissionen genannt werden. Bis kurz vor Abschluss der Verhandlungen hatte die US-Delegation außerdem mit einem Veto gegen den geplanten Fahrplan für den neuen Vertrag gedroht. Wenige Stunden nach Abschluss der Konferenz distanzierte sich die US-Regierung dann auch schon wieder von dem Kompromiss. Zwar seien viele Punkte "recht positiv", sagte eine Sprecherin von US-Präsident George W. Bush. Die Regierung habe aber "ernsthafte Bedenken" bei anderen Aspekten. So müsse sichergestellt werden, dass auch große Emittenten in Entwicklungsländern in einem Abkommen ausreichend berücksichtigt werden. Ulrich Kelber verwies darauf, dass die USA zwanzig Mal mehr Kohlendioxid produzieren als etwa Indien.

Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte die Bali-Konferenz als großen Erfolg, der auch auf dem geschlossenen Auftreten der Europäer beruhe. Nun sei der Weg frei für die eigentlichen Verhandlungen über wirksame Klimaschutzmaßnahmen. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte, es sei wichtig, dass auch große Staaten wie China und die USA den Kompromiss unterzeichnet hätten.

Umweltorganisationen und Wissenschaftler kritisierten die Abschlusserklärung. Das Zentrum für Wissenschaft und Umwelt in Neu Delhi sprach von einer "extrem schwachen Einigung". Der Bund für Umwelt und Naturschutz warf der internationalen Staatengemeinschaft Versagen im Kampf gegen den Klimawandel vor.

[Hier gelangen Sie zu dem in Bali beschlossenen Aktionsplan \(Englisch\)](#)

[Hier gelangen Sie zu unserem Dossier "Klimawandel"](#)

Berliner Zeitung, 17.12.2007

Lesen Sie auch:

[Besseres Klima erst in Kopenhagen](#)

[Hillary Clintons Versprechen](#)

[Ein Fahrplan, ein Fonds und wichtige Fußnoten](#)

[Unwürdiges Geschacher auf Bali](#)

[Der Link zum Aktionsplan](#)

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)